



SEEHEIMER
KREIS
STRATEGIEPAPIER

SCHLÜSSELFRAGEN DER MIGRATION GEMEINSAM BEANTWORTEN

Seeheimer Strategiepapier
März 2023



SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion



SEEHEIMER STRATEGIEPAPIER

SCHLÜSSELFRAGEN DER MIGRATION GEMEINSAM BEANTWORTEN

Der furchtbare Angriffskrieg Putins auf die Ukraine hat viel Leid und Elend über die Menschen dort gebracht. Bis jetzt hat Deutschland mehr als eine Million Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen. Das war ein riesiger humanitärer Kraftakt, den Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gestemmt haben und der nur durch die große Solidarität in unserer Gesellschaft möglich war. Wir stehen weiterhin vor großen Aufgaben. **Wenn uns die letzten Monate etwas gelehrt haben, ist es, dass wir nur in enger Zusammenarbeit erfolgreich und lösungsorientiert arbeiten können. Dafür braucht es keine Schaffung neuer Institutionen, sondern eine engere Verzahnung vorhandener Strukturen und ein gesamtstaatliches Handeln. Auch auf europäischer Ebene müssen wir den Weg der engen Zusammenarbeit weitergehen. Wir haben gezeigt: Mit einer gemeinsamen Stimme sind wir am stärksten.**

GEMEINSAME VERPFLICHTUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG DER KOMMUNEN

Migration ist eine Tatsache, mit der wir weniger verkrampft und insgesamt pragmatischer umgehen müssen. Sie ist auch eine Chance für unser Land. Die Kommunen tragen die Hauptlast durch den Zuzug einer noch nie dagewesenen Zahl von Geflüchteten. Den Kommunen gebührt hier großer Dank und Respekt. Gleichzeitig stoßen die Kommunen mittlerweile bei der Unterbringung und Versorgung von immer mehr geflüchteten Menschen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit.

An vorderster Stelle gilt: Die Kommunen müssen von Kosten freigehalten werden, die durch die Aufnahme Geflüchteter zusätzlich anfallen. Bund und Länder müssen in einer Verantwortungsgemeinschaft mit jeweils unterschiedlichen Aufgaben den Rahmen für die Kommunen als ausführende Kraft schaffen. Auch auf Wunsch der Kommunen und Länder hat der Bund zum ersten Mal in der Geschichte der EU die Richtlinie über den temporären Schutz aktiviert, sodass Geflüchtete aus der Ukraine keinen Asylantrag stellen und kein reguläres Asylverfahren durchlaufen müssen.





Durch das Asylgesetz sind die Länder verpflichtet, erforderliche Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende zu schaffen und zu unterhalten sowie entsprechend ihrer Aufnahmequote die in den Aufnahmeeinrichtungen notwendige Zahl von Unterbringungsplätzen bereitzustellen. Bei den Ländern sehen wir Nachholbedarf in der Unterstützung der Kommunen. Es ist nicht akzeptabel, dass die vom Bund bereitgestellten Mittel zur Entlastung der Kommunen von den Bundesländern nicht vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden, sondern teilweise in den Haushalten der Länder hängenbleiben. Es kann nicht sein, dass zuweilen 100 Prozent der Mittel durchgeleitet werden, diese Quote jedoch in manchen Ländern deutlich darunterliegt.

Die Länder dürfen sich nicht einfach wegducken und ausschließlich nach dem Bund rufen. Wir erinnern die Länder an ihre Zuständigkeiten und nehmen sie in die (gemeinsame) Pflicht. Auch Krisenlagen heben Zuständigkeiten nicht per se auf – auch wenn zuweilen ad hoc Lösungen gefunden werden müssen.

Der Bund liefert verlässliche Zusagen, die Kommunen und Länder auch brauchen. Allein im Jahr 2022 hat der Bund die Länder und Kommunen finanziell mit 4,4 Mrd. Euro unterstützt, für das Jahr 2023 hat der Bund 2,75 Mrd. Euro zugesagt. Davon sind jeweils 1,5 Mrd. Euro für die Mehraufwendungen für die Geflüchteten aus der Ukraine vorgesehen. Für die Kosten für Geflüchtete, die aus anderen Staaten nach Deutschland kommen, stellt der Bund den Ländern ab 2023 eine Pauschale in Höhe von 1,25 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung. Der Bundeskanzler hat bereits die Zusage gemacht, mit den Ländern im Mai erneut ins Gespräch zu kommen. Darüber hinaus steht Bundesinnenministerin Nancy Faeser mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Innenminister:innen und Innensenator:innen aller 16 Länder im engen Austausch, mit dem Ziel die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen zeitgemäß neu aufstellen. Wichtig ist, dass wir die Aufgaben in einem guten Teamwork angehen.

FÜR MEHR PRAGMATISMUS BEI DER SCHAFFUNG VON WOHNRAUM

Die Länder, Landkreise und Kommunen müssen Liegenschaften, die von Seiten des Bundes für die Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden, ausschöpfen bevor wieder beim Bund für Hilfen angeklopft wird. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat der Bund insgesamt 330 Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit einer Kapazität von fast 68.000 Unterbringungsplätzen mietzinsfrei bereitgestellt. Davon sind bisher nur knapp





44.000 Plätze belegt, also knapp zwei Drittel. Zusätzlich hat der Bund weitere Objekte angeboten, bei denen die Eignung für die Unterbringung von Geflüchteten geprüft wird.

Wir benötigen noch mehr Wohnraum – völlig unabhängig von der Zuwanderung Geflüchteter. In erster Linie müssen wir unsere Wohnbauoffensive voranbringen. Nicht zuletzt durch die momentan verschlechterten Rahmenbedingungen wie steigende Zinsen, Lieferengpässe und Fachkräftemangel haben wir die Zielmarke – 400.000 neue Wohnungen jährlich – bisher nicht erreicht. **Wir müssen es beispielsweise im Rahmen des seriellen Wohnungsbaus ermöglichen, Wohnraum kurzfristig und umweltverträglich zu schaffen.**

SOLIDARITÄT IST KEINE EINBAHNSTRASSE – MIGRATION MUSS GESTEUERT UND VERTEILT WERDEN

Die Steuerung und Ordnung von Migration nach Deutschland ist elementar wichtig. Der Bund hat die vorübergehenden stationären Grenzkontrollen an der Grenze zu Österreich verlängert und an der Grenze zu Tschechien die Schleierfahndung intensiviert. In Absprache mit der Schweiz werden Kontrollen in Schweizer Zügen durchgeführt. Die neue Praxis bei der serbischen Visa-Vergabe zeigt bereits Wirkung und die irreguläre Einreise in die EU aus Drittstaaten wird weiter eingedämmt. Zudem hat Bundeskanzler Olaf Scholz auf der Sondersitzung des Europäischen Rates am 9. Februar 2023 in Brüssel mit den europäischen Partnern Maßnahmen für einen besseren Außengrenzschutz verabredet.

Je länger Putins Krieg dauert, desto mehr zeigt sich, dass die vor dem Krieg geflohenen Menschen auch längerfristig Schutz benötigen. Deutschland hat in absoluten Zahlen nach Polen die meisten Geflüchteten aus der Ukraine aufgenommen. Insbesondere die osteuropäischen Mitgliedstaaten sind viel stärker belastet als andere. Alle Mitgliedstaaten müssen sich an der Aufnahme und menschenwürdigen Versorgung von Geflüchteten beteiligen. Dies ist notfalls über die finanzielle Steuerung durch den EU-Haushalt sicherzustellen. **Unser Ziel bleibt eine umfassende Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems, das fair, effizient und krisenfest sein soll. Es muss ein dauerhafter Solidaritätsmechanismus verankert werden, an dem sich alle Mitgliedstaaten beteiligen.**





DEUTSCHLAND ALS MODERNES EINWANDERUNGSLAND – LEGALE ZUWANDERUNG STÄRKEN

Wir müssen die legalen Zugangswege stärken. Deutschland ist auf die Einwanderung von Fach- und Arbeitskräften angewiesen. Wir müssen Einreisemöglichkeiten für Personen vereinfachen, die eine wirtschaftliche Perspektive suchen, die wir ihnen bieten können. Wir beschreiten entschlossen den im Koalitionsvertrag vorgezeichneten Weg eines Neuanfangs der Migrations- und Integrationspolitik hin zu einem modernen Einwanderungsland. Ende November hat das Kabinett bereits Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung beschlossen. Mit dem Anfang Dezember beschlossenen Chancenaufenthaltsrecht schaffen wir pragmatische Lösungen für diejenigen Menschen, die seit langer Zeit in Deutschland leben, hier geduldet und ein Teil der Gesellschaft geworden sind. Wir erkennen an, dass es trotz aller Chancen, die wir eröffnen, immer Menschen geben wird, die Deutschland verlassen werden müssen. Das gilt insbesondere für Straftäter und Gefährder, aber auch für Migration, der kein Asylgrund zugrunde liegt. Dafür haben wir im Koalitionsvertrag eine Rückführungsoffensive vereinbart, die wir Stück für Stück auf den Weg bringen.

Wir werden das Aufenthaltsrecht modernisieren. Dazu gehört die Ermöglichung des Spracherwerbs wie auch die Chance, möglichst schnell Fuß auf dem Arbeitsmarkt zu fassen. Deshalb werden wir auch geduldeten Personen Zugang zu Integrationskursen eröffnen und die Arbeitsverbote abschaffen. Wenn der Identitätsnachweis nicht durch Urkunden oder andere Dokumente erbracht werden kann, wird es den Betroffenen ermöglicht, ihre Identität durch die Abgabe einer Versicherung an Eides Statt nachzuweisen. Weil wir die Familieneinheit und das Kindeswohl wahren wollen, werden wir Vereinfachungen bei Familienzusammenführungen einführen.

Es obliegt den Bundesländern, das Aufenthaltsrecht und damit auch Abschiebungen zu vollziehen. Der Bund kann Unterstützung für effektive Rückführungen leisten. Am 1. Februar 2023 hat der Sonderbevollmächtigte für Migrationsabkommen seine Arbeit aufgenommen und wird Abkommen mit Herkunftsstaaten, wie bereits mit Indien, verhandeln, die reguläre Migration ermöglichen und irreguläre Migration begrenzen sollen. Eine effektive stichtagsbezogene Abschiebepaxis soll das Signal versenden, sich nicht auf den lebensgefährlichen Weg zu machen, wenn die Abschiebungswahrscheinlichkeit hoch ist. Das Ziel sind dabei keine Massenabschiebungen von Menschen, die hier bereits integriert sind und Teil unserer Gesellschaft geworden sind.





Wenn wir alle etwas beitragen und gemeinsam an einem Strang ziehen, werden wir die aktuellen Herausforderungen bewältigen und die Kommunen entlasten. Wir müssen Migration als Tatsache und auch als Chance begreifen und pragmatische Lösungen finden. Eine Asyl- und Migrationspolitik des gesunden Menschenverstandes jenseits von ideologischer Instrumentalisierung bedeutet: Humanität, Ordnung und Pragmatismus greifen Hand in Hand. Dies ist mehr als einmal in unserer bislang sehr erfolgreichen föderalen Republik gelungen – es wird uns auch in dieser Bewährungsprobe gelingen.

SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035

Fax: 030 227-70043

E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de

www.seeheimer-kreis.de

www.facebook.com/Seeheimer.Kreis

Twitter: @seeheimer

Instagram: seeheimerkreis